Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5854**
16. Wahlperiode 29. 06. 2007

Fragen

für die Fragestunde der 107. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 4. Juli 2007

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Andreae, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 47
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	10, 11
Bonde, Alexander (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	19, 20
Dr. Dückert, Thea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	23, 44
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 22
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	2, 21
Höger, Inge (DIE LINKE.)	45, 46
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	34, 48
Korte, Jan (DIE LINKE.)	37, 51
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16
Lenke, Ina (FDP)	5
Dr. Lötzsch, Gesine (DIE LINKE.)	6, 7
Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	14
Steenblock, Rainder (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12 13
Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Trittin, Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
Waitz, Christoph (FDP)	18
Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 32

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 5
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes 6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . . 7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts 8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern 9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen 11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung 12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welcher Gesetzgebungskompetenz des Bundes nach der Föderalismusreform basiert die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, angekündigte Nationale Qualifizierungsoffensive (DIE WELT, 22. Juni 2007) zur angestrebten Halbierung der Studienabbrecherquote, und bis wann genau ist mit konkreten Vorschlägen der Bundesregierung für eine Nationale Qualifizierungsoffensive zu rechnen?

2. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung im Zuge der Verschiebung und bei aktuell diskutierten Änderungen an der geplanten BAföG-Novelle auch Änderungen bezüglich der bisher vorgesehenen Verbesserungen bei der Förderung von Migrantinnen und Migranten, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

3. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den deutschen „Aktionsplan für Energieeffizienz“ nach Brüssel nachmelden, und warum kommt es zu dieser Verzögerung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

4. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche verbraucherpolitischen Beschlüsse wurden unter der deutschen EU-Präsidentschaft gefasst, und welche konkreten Fortschritte wurden dabei für die deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher erzielt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

5. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Welche Zwischenergebnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Bewertung der 145 familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen, die mit 184 Mrd. Euro beziffert werden, durch das Kompetenzzentrum vor, und zu welchem Termin wird das Kompetenzzentrum den Endbericht vorlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

6. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Welche Abgabefrist ist für die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder im internationalen Standortvergleich“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung vertraglich vereinbart worden, und falls es keine verbindliche Abgabefrist gibt, warum nicht?

7. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Programme werden für die vom Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder, Bundesminister Wolfgang Tiefensee, verkündete Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland bei ihrem freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement durch die Finanzierung von Weiterbildung und den Abbau bürokratischer Schranken entwickelt, und welche Finanzmittel sind dafür im Einzelnen vorgesehen (vgl. Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Nr. 180/2007 vom 25. Juni 2007)?

8. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer ist nach Auffassung der Bundesregierung Aufgabenträger beim Transrapid-Projekt in München und hat damit auch für die Kostenmehrung bei der Investition originär aufzukommen, und welche Gesamthöhe der Investitionskosten, zu bestreiten durch die öffentliche Hand, hält die Bundesregierung für vertretbar?

9. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie lange hält die Bundesregierung ihre Finanzierungszusage für das Transrapid-Projekt in München aufrecht, und kann sich die Bundesregierung eine Umschichtung der im Haushalt für das Transrapid-Projekt in München veranschlagten Mittel für eine Verbesserung der Schienenverbindung zwischen München Hauptbahnhof und Flughafen München vorstellen?

10. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Welche Projekte beabsichtigt die Bundesregierung bezüglich der TEN-Zuschüsse für den Mehrjahreszeitraum 2007 bis 2013 bzw. das Jahresprogramm 2008 bis zum 20. Juli 2007 bei der EU-Kommission anzumelden?

11. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Gehört die Weiterentwicklung der Achse 22 Rostock–Berlin–Dresden–Prag dazu, wenn nein, warum nicht?

12. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Verkehrsprojekte wird die Bundesregierung bei der EU als vorrangig zu fördernde Projekte im Rahmen der TEN-Projekte (Transeuropäische Netze) für die Förderperiode 2007 bis 2013 beantragen?

13. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch ist im Falle der Beantragung des Verkehrsprojekts feste Fehmarnbelt-Querung für die Förderperiode 2007 bis 2013 der Finanzierungsanteil, den die Bundesregierung bei der EU beantragt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

14. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die vom Statistischen Bundesamt in der Pressemitteilung vom 14. Juni 2007 verkündeten Rekordzahlen von Passagieren deutscher Flughäfen (19,5 Millionen Passagiere im 1. Quartal 2007 = 7,2 Prozent mehr als im 1. Quartal 2006) mit Blick auf die Auswirkungen auf Umwelt und Klima?

15. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An welchem Tag ist der Antrag des Energiekonzerns Vattenfall auf Strommengenübertragung vom Atomkraftwerk Krümmel auf das AKW Brunsbüttel im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eingegangen, und wann wurde der Bundestag offiziell über diesen Antrag in Kenntnis gesetzt?

16. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche weiteren Anträge auf Strommengenübertragung von Atomkraftwerken liegen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vor?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

17. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, dass der Deutsche Bundestag, beginnend mit der Antwort vom 8. Juli 1993 auf die Anfrage der Abgeordneten Ingrid Köppe (Frage 31 auf Bundestagsdrucksache 12/5404), über Jahre hin falsch über die Zahl der ehemaligen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes unterrichtet wurde, und wer trägt dafür die Verantwortung?

18. Abgeordneter **Christoph Waitz** (FDP)

In welchen Haushaltstiteln und jeweils in welcher Höhe wurden im parlamentarischen Verfahren Einsparungen in Höhe von 8,896 Mio. Euro zur Senkung der im Kabinettsentwurf des Bundeshaushaltes 2007 für den Bereich des Beauftragten für Kultur und Medien vorgesehenen globalen Minderausgabe in Höhe von 17,291 Mio. Euro erbracht?

19. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Organisationen wurden/werden nach welchen Gesichtspunkten zum 2. Integrationsgipfel der Bundesregierung am 12. Juli 2007 eingeladen?

20. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Auf welche Weise und in welchem Umfang flossen die in den Abschlussberichten der nach dem ersten Integrationsgipfel eingesetzten Arbeitsgruppen bzw. deren Unterarbeitsgruppen dokumentierten Feststellungen und Vorschläge in den Nationalen Aktionsplan Integration ein, der am 12. Juli 2007 beim 2. Integrationsgipfel vorgestellt werden wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

21. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Wie kommt die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass Arbeitgeber für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zuständig sind, zu einer Gesetzesinitiative, die Zuschüsse aus Steuermitteln für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen verspricht, anstatt die Verantwortung der Unternehmen einzufordern?

22. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung zwischen ihren verschiedenen Ressorts mittlerweile Einigkeit darüber hergestellt, gesetzliche Initiativen und konkrete Maßnahmen zum Schutz von Praktikantinnen und Praktikanten zu entwickeln, und bis wann wird die Bundesregierung darauf aufbauend konkrete Lösungsvorschläge vorlegen, nachdem seit der Anhörung des Petitionsausschusses des Bundestages zum Thema Generation Praktikum und der Veröffentlichung der Absolventenstudie der Hochschul-Informations-System GmbH mittlerweile mehr als drei Monate vergangen sind?

23. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)

Interpretiert die Bundesregierung die Festlegung des Koalitionsausschusses, laut der Branchen mit einer Tarifbindung von mindestens 50 Prozent das Angebot erhalten, in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen zu werden, dahingehend, dass diese Tarifbindung auf jeden Fall bundesweit mindestens die Hälfte der Beschäftigten der jeweiligen Branche erfassen muss, oder werden mit dieser Festlegung auch Branchen erfasst, die nur in bestimmten Regionen eine mindestens 50-prozentige Tarifbindung erreichen, in anderen Regionen aber nicht?

24. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele der Stellen im Bereich der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) mit sachgrundloser Befristung sind nicht für eine Umwandlung in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis vorgesehen, und welchen Anteil machen sie unter den Beschäftigten der ARGEn aus (bitte gestuft nach Anzahl der ARGEn < 5 Prozent, < 10 Prozent, < 15 Prozent, < 20 Prozent, < 25 Prozent und > 25 Prozent ausführen)?

25. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann laufen diese befristeten Stellen aus, und welche kurz- und mittelfristigen Lösungen strebt die Bundesregierung für die Stellen mit sachgrundloser Befristung im Bereich der ARGEn an, die nach den bisherigen Planungen im Laufe der Jahre 2007 und 2008 auslaufen, um den Verlust von qualifiziertem Personal zu verhindern?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

26. Abgeordneter **Alexander Bonde** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Zahl an Fällen von deutschen Staatsbürgern, denen durch US-amerikanische Behörden die Einreise in die USA verweigert bzw. eine frühzeitige Rückkehr veranlasst oder die aufgrund von Visa-Verletzungen einer Inhaftierung unterzogen wurden, sind deutschen Behörden, insbesondere der deutschen Botschaft und den deutschen Konsulaten in den USA, jeweils in den Jahren 2001 bis 2006 bekannt?

27. Abgeordneter **Alexander Bonde** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, insbesondere die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, um die USA zur Einhaltung des Wiener Übereinkommens über Konsularische Beziehungen (WÜK), insbesondere des Artikels 36 Abs. 2, zu bewegen und sicherzustellen, dass die USA zukünftig ihren Verpflichtungen nachkommt, bei der Verweigerung der Einreise von deutschen Staatsbürgern die zuständigen deutschen Stellen zu informieren?

28. Abgeordneter **Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum verfügt die deutsche Botschaft im Libanon trotz 110 Stellen für Militärattachés weltweit über keinen Militärattaché, obwohl im Rahmen von UNIFIL dort deutsche Soldaten stationiert sind, die Bundesrepublik Deutschland bilateral die Ausbildung der Marine des Libanon betreibt und die Bun-

desregierung beabsichtigt, dieses Mandat fortzusetzen, und warum verfügt die Botschaft über keinen Polizeiverbindungsbeamten, obwohl die Zusammenarbeit zum Aufbau eines funktionierenden Grenzpolizeiregimes im Libanon zu den Prioritäten der Hilfe für den Libanon zählt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

29. Abgeordneter **Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum ist die finanzielle Absicherung der Zusage zum Start eines Pilotprojekts zur Sicherung der libanesischen Nordgrenze trotz der hohen politischen Bedeutung der Unterbindung von Schmuggelaktivitäten sowie der Gespräche zwischen der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, und dem Premierminister der Libanesischen Republik, Fuad Siniora, bis heute zwischen den Bundesministerien des Innern und der Finanzen strittig?

30. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die laut Bundesregierung erhöhte Terrorgefahr auch grundsätzlich für Atomkraftwerke gegeben?

31. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liegen der Bundesregierung konkrete Hinweise für die Terrorgefährdung von Atomkraftwerken vor?

32. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Form war die Bundesregierung in die Planung der Sicherheitsmaßnahmen für den G8-Gipfel in Heiligendamm eingebunden, und wie waren Vertreter der Bundesregierung in die Zusammenarbeit während des Einsatzes, insbesondere in die Arbeit der Einsatzzentrale Kavala, eingebunden?

33. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche für die Durchführung des Polizeieinsatzes im Rahmen des G8-Gipfels in Heiligendamm als erforderlich angesehenen Erkenntnisse konnten nur dadurch gewonnen werden, dass die Tornados in geringer Höhe (500 Fuß und darunter) die Demonstranten überflogen?*)
34. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)	Sieht sich die Bundesregierung als Einladerin des G8-Gipfels auch in der Verantwortung dafür, dass Polizeimaßnahmen rechtsstaatskonform ablaufen, und wie bewertet sie vor diesem Hintergrund die zum Teil über 24 Stunden andauernde Unterbringung von Gefangenen in Käfigen, wie sie während des Gipfels stattgefunden hat?**)
35. Abgeordnete **Silke Stokar von Neuforn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Ergebnisse konnte und sollte der Einsatz von Spähpanzern in Heiligendamm bringen, die nicht auch mit anderen – der Polizei normalerweise zur Verfügung stehenden – Mitteln hätten gewonnen werden können?
36. Abgeordnete **Silke Stokar von Neuforn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Für welche Aufgaben wurden Feldjäger von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern für den Einsatz im Rahmen des G8-Gipfels in Heiligendamm angefordert und eingesetzt, und warum hätten diese Aufgaben nicht durch Polizistinnen und Polizisten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der anderen Länderpolizeien oder der Bundespolizei ausgeführt werden können?
37. Abgeordneter **Jan Korte** (DIE LINKE.)	Wie viele Polizeiübungen mit welcher internationaler Beteiligung in der Art der Übung von Korschenbroich im Mai 2007 fanden seit Anfang 2006 unter Beteiligung der Bundespolizei statt?

*) Siehe hierzu auch Frage 47.
**) Siehe hierzu auch Frage 48.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

38. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was versteht die Bundesregierung unter sogenannter Steuertransparenz (Schreiben des Bundesministers der Finanzen, Peer Steinbrück, vom 10. Mai 2007 an die Gutachter der TU München zum Endbericht des Gutachtens „Erwerb und Übernahme von Firmen durch Finanzinvestoren“), und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Steuerausfälle, wenn die Erträge aus an Personengesellschaften beteiligten Kapitalbeteiligungsunternehmen in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft in voller Höhe zum individuellen Steuersatz beim privaten Anteilseigner besteuert werden würden?

39. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf wie viele ehemals gemeinnützige Wohnungsunternehmen verteilen sich die vom Bundesrat mit 98 Mrd. Euro bezifferten Bestände an Eigenkapital 02 (Bundesratsdrucksache 220/07), welche die Bundesregierung im Jahressteuergesetz 2008 mit einer ausschüttungsunabhängigen Abgeltungssteuer belegen will, und wie schätzt die Bundesregierung die bereits in den Medien diskutierten Befürchtungen ein, dass deshalb „die Gesellschaften Mieten erhöhen, Instandhaltungen unterlassen oder Wohnungen an Finanzhaie verkaufen“ müssten (tz vom 10. Mai 2007)?

40. Abgeordnete **Dr. Thea Dückert** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen Vorschlägen will die Bundesregierung gewährleisten, dass Modelle der Mitarbeiterbeteiligung im Sinne einer partnerschaftlichen Unternehmenskultur auch tatsächlich zu mehr echter Teilhabe der Beschäftigten an ihrem Unternehmen führen?

41. Abgeordnete **Dr. Thea Dückert** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Formen der Mitarbeiterbeteiligung will die Bundesregierung über die bereits gewährten Mittel aus § 19a EStG und des Vermögensbildungsgesetzes hinaus zusätzlich durch Steuerfreibeträge und Befreiung von den Sozialabgaben subventionieren, und in welcher Höhe soll dies geschehen?

42. Abgeordnete **Kerstin Andreae** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum ist der Ausbau der Förderung von Mitarbeitermodellen nicht in die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis 2011 aufgenommen, die das Kabinett in dieser Woche mit dem Haushalt 2008 beschließt (Quelle: „Beck will Arbeiter zu Kapitalisten machen“, FAZ.net, 26. Juni 2007)?

43. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ist noch für diese Legislaturperiode geplant, ein Modell der Mitarbeiterbeteiligung auf den Weg zu bringen, und wenn ja, wie ist der weitere Zeitplan?

44. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)

In welchem Zeitraum will die Bundesregierung die jetzt vorgelegten Konzepte der Koalitionspartner zu einer stärkeren Mitarbeiterbeteiligung – für „Betriebliche Bündnisse und Soziale Kapitalpartnerschaften“ der Union einerseits sowie des „Deutschlandfonds“ der SPD andererseits – gesetzlich realisieren, und welche Auswirkungen wird diese Umsetzung auf die Tarifverhandlungen der Tarifpartner haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

45. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung definitiv ausschließen, dass auf Aufnahmen, die durch Bundeswehrangehörige bzw. Bundeswehrgerät (Tornados, Fenneks, Hubschrauber etc.) von Demonstrantinnen und Demonstranten rund um Heiligendamm und Rostock im Kontext des G8-Gipfels gemacht wurden, die Identifizierung von Personen und Kennzeichen möglich ist (bei optimaler Auflösung und unter Zuhilfenahme aller technischen Möglichkeiten zur Nachbearbeitung der Aufnahmen)?

46. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Wer hat zukünftig Zugriff auf die Daten, die bei Bundeswehreinsätzen im Kontext des G8-Gipfels gesammelt wurden (mit Hilfe von Tornados, Hubschraubern und Fenneks etc.)?

47. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

War sich die Bundesregierung bewusst, dass durch den Einsatz von Spähpanzern, Tornados und Feldjägern beim G8-Gipfel in Heiligendamm bei den Demonstrationsteilnehmern fast zwangsläufig der Eindruck einer hoheitlichen Machtdemonstration durch die Bundeswehr entstehen musste und so bei zivilen Demonstranten ein Gefühl der Bedrohung hervorgerufen wurde?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 33.

48. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, wie sie der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Christian Schmidt, im Innenausschuss vertreten hat, dass die Prüfung eines Amtshilfeersuchens, das ein Land an die Bundesregierung stellt, im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit allein dem Land überlassen bleibt und der Bund von dieser Prüfung entbunden ist, und wie bewertet sie vor diesem Hintergrund die Aufklärungsflüge der Tornados beim G8-Gipfel?*)

49. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche erstattungsfähigen Kosten sind der Bundeswehr im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel durch die Vorbereitung, Bereitstellung und den Einsatz von Fahrzeugen, Material und Personal entstanden, und wer trägt letztendlich diese Kosten?

50. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haben die Vertreter des Bundes gegenüber der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern den Eindruck erweckt, dass Hilfeleistungen der Bundeswehr entgegen der allgemeinen Rechtspraxis bei der Amtshilfe vollkommen kostenfrei erfolgen könnten?

51. Abgeordneter **Jan Korte** (DIE LINKE.)

Welche Aufgaben hatte die Crowd-and-Riot-Control-Einheit (CRC) der Bundeswehr, und wo war sie genau eingesetzt?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 34.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333